

Antrag 79/I/2020**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Forschen statt Verkaufen: Stärkere Grundfinanzierung von (Grundlagen-) Forschung**

1 Als eine der weltweit stärksten Forschungsnationen investierte Deutschland 2015 circa 3.1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (dies entspricht etwa 115 Milliarden Euro) in Forschung und Entwicklung. Etwa ein Drittel dieser Ausgaben entfällt laut Forschungsatlas der Deutschen Forschungsgemeinschaft auf Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

8

9 Trotz dieser auf den ersten Blick hoch scheinenden Investitionen klagen Universitäten und Forschungseinrichtungen immer wieder über massive Finanzierungsprobleme. Investitionen von Seiten des Bundes sind aufgrund des Kooperationsverbots oft schwierig. Weil der Großteil der 'garantierten' Finanzmittel für Administration und Aufrechterhaltung von Lehrbetrieb und Infrastruktur bei steigenden Student*innenzahlen verwendet werden müssen, zwingen diese Finanzierungsmängel Professor*innen, Doktorand*innen und wissenschaftliche Mitarbeiter*innen einen Großteil ihrer Arbeitszeit mit dem Einwerben von Drittmitteln zu verbringen um bestehende Stellen zu erhalten und neue - meist befristete - Anstellungsverhältnisse zu schaffen. Dies hat dazu geführt, dass die Drittmittelquote bei Universitäten knapp unter 30 Prozent, bei außeruniversitären Forschungseinrichtungen mittlerweile sogar über 30 Prozent liegt.

26

27 Bund, EU und staatlich finanzierte Förderorganisationen beteiligen sich neben Wirtschaftsunternehmen munter am Ausschreiben von befristeten Projekten mit Finanzierungssummen in Milliardenhöhe. Dies soll durch Wettbewerb unter den Forschenden die optimale Investition in die aussichtsreichsten Projekte garantieren, führt aber zu einer unproportionalen Verteilung der Forschungsgelder zu Gunsten von Professor*innen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, die besonders gut darin sind, sich selbst zu vermarkten. Beispielsweise sind die Ergebnisse der dritten Runde der sogenannten Exzellenzinitiative, bei der kleinere Universitäten quasi chancenlos waren. Die dringend benötigten Fördermittel wurden an die großen namhaften Universitäten vergeben, bei denen immense Ressourcen in die Antragsarbeit gesteckt wurden.

42

43 Des Weiteren fokussieren sich bei dieser wettbewerbsartigen Vergabe von Forschungsmitteln - meist in Kooperation mit Industriepartner*innen - die Investitionen auf vermarktbares und gewinnversprechende Ideen. Auch die Wissenschaft schafft es nicht sich der kapitalistischen Ver-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

„**Forschen statt Verkaufen: Stärkere Grundfinanzierung von (Grundlagen-) Forschung**“

„**Unabhängige und kritische Wissenschaft ist für eine freie und aufgeklärte Gesellschaft fundamental**“

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Berlin ist mit über 40 Hochschulen und rund 70 außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein starker und etablierter Wissenschaftsstandort. Nicht zuletzt die Aufnahme der Berlin University Alliance in die Exzellenzstrategie verdeutlicht die vielfältige Kompetenz und Expertise Berliner Wissenschaftler*innen.

Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften nehmen dabei eine zentrale Stellung im deutschen Wissenschaftssystem ein, indem sie Forschung und Lehre unter einem Dach vereinen und damit sowohl dem wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt als auch der wissenschaftlich qualifizierenden Nachwuchsförderung dienen. Doch erfolgreiche Wissenschaft gelingt nur, wenn Hochschulen auskömmlich finanziert werden und Wissenschaftler*innen langfristige Perspektiven bieten können.

Hochschulfinanzierung In den letzten Jahren gehen die politischen Erwartungen dabei immer stärker in Richtung einer unmittelbaren praktischen Verwertbarkeit. Die Finanzierung der Hochschulen wird zudem immer mehr an quantitative Leistungsindikatoren geknüpft und von themengebundenen Drittmitteleinwerbungen abhängig. Dies zeigt sich in den aktuellen Haushalten der Länder: Momentan stammen rund 75 Prozent eines Hochschulhaushalts aus Geldern der Länder. Dazu kommen Projektmittel des Bundes und Drittmittel. Diese werden wettbewerbsorientiert und befristet für einzelne Forschungsvorhaben vergeben. Größte Drittmittelgeberin ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die ihre Gelder von Bund und Ländern bezieht, gefolgt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Auch Wirtschaft und Industrie beteiligen sich an Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von Hochschulen.

Die Bedeutung der Drittmittel für die Finanzierung von Hochschulen ist deutlich zu hoch und muss reduziert werden. Im Pakt für Forschung und Innovation wird den großen Wissenschaftsorganisationen für die Jahre 2021-2030 jährlich eine Budgetsteigerung zugesagt, die vom

48 wertungslogik zu entziehen. Oft werden nur Kombinatio-
 49 nen bereits erfolgreicher Forschung als innovativ verkauft
 50 und wegen hoher Erfolgsaussichten finanziert. Ideen, Vi-
 51 sionen und Träume, die einst der Ursprung von wissen-
 52 schaftlichem Fortschritt in allen Bereichen waren, gehen
 53 bei solchen Vergabeverfahren tendenziell eher leer aus, da
 54 die Aussichten auf Erfolg oft nicht kalkulierbar sind. Pro-
 55 fessor*innen und Wissenschaftler*innen, die zwar als Vi-
 56 sionär*innen in ihren jeweiligen Fachgebieten Außerge-
 57 wöhnliches erreichen können, allerdings keine Drittmittel
 58 anwerben, werden für ihre Universitäten und Forschungs-
 59 einrichtungen wertlos, da Kennzahlen und Statistiken die
 60 Leistungsbewertung dominieren und Wissenschaftler*in-
 61 nen ohne Finanzmittel weniger forschen und publizieren
 62 können.

63
 64 Da die hier kurz dargestellte gegenwärtige Praxis im
 65 Wissenschaftsbetrieb eine bürokratische Ressourcenver-
 66 schwendung ist, die der Grundlagenforschung, dem wis-
 67 senschaftlich präzisen Arbeiten und Innovation im Weg
 68 steht, fordern wir zunächst erneut, dem beschlossenen
 69 Antrag C14 - *Umdenken bei der Hochschulfinanzierung*
 70 vom BuKo 2013 folgend:

- 71
- 72 • Eine vollständige Aufhebung des Kooperationsver-
 73 botes zwischen Bund und Ländern um zielgerichtete
 74 Forschungsförderung zu erleichtern.
 - 75 • Eine Reduzierung der Drittmittelförderung - bei
 76 gleichzeitiger Erhöhung der Grundfinanzierung von
 77 Forschungseinrichtungen und Universitäten.
 - 78 • Eine Überwindung von privaten Drittmittelinvesti-
 79 tionen an öffentlichen Forschungseinrichtungen,
 80 um die Freiheit der Forschung zu erhalten.

81 Des Weiteren fordern wir:

- 82 • Die Schaffung von Forschungseinrichtungen mit al-
 83 len wissenschaftlichen Freiheiten und großzügigen
 84 finanziellen Mitteln, losgelöst von ständiger Kon-
 85 trolle von Erfolgen und Profitabilität, zur Versamm-
 86 lung von führenden Wissenschaftler*innen welche
 87 auf ihren Fachgebieten und interdisziplinär zivile
 88 Forschung nach Grundregeln wissenschaftlicher
 89 Ethik für eine freiere und gerechtere Gesellschaft
 90 betreiben.
- 91 • Eine Minimierung der Verwaltungstätigkeit für For-
 92 schende. Der Akademische Karriereweg mit einer
 93 fortschreitenden Entfernung von Forschung und
 94 Entwicklung hin zu administrative Positionen kann
 95 nicht der einzige finanziell logische sein. Dafür müs-
 96 sen Arbeitsverträge entfristet werden und eine ge-
 97 rechte Bezahlung für Wissenschaftler*innen in allen
 98 Stufen ihrer Karriere garantiert werden.
- 99 • Studentische Hilfskräfte leisten einen wichtigen

Bund getragen wird. Eine solche verlässliche Budgetstei-
 gerung gibt es für die Hochschulen aus Bundesprogram-
 men selbst nicht.

Für uns ist klar: Hochschulen müssen sich durchaus an ge-
 sellschaftlichen Effektivitäts- und Effizienzerwartungen
 messen lassen, und (öffentliche wie private) Drittmittel
 können gewiss einen wichtigen Beitrag zur Förderung von
 Forschung an Hochschulen leisten. Dies darf den Eigen-
 wert akademischer Bildung und wissenschaftlicher Er-
 kenntnis jedoch nicht vernachlässigen und die grundge-
 setzlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre nicht
 beschränken.

Zur Wahrung der Freiheit von Forschung und Lehre geh-
 ört deshalb die staatliche Verpflichtung, durch ausrei-
 chende Ressourcenausstattung Wissenschaftsfreiheit an
 Hochschulen materiell zu gewährleisten. Dies setzt eine
 angemessene, und das heißt heute, eine stärkere Grundfin-
 anzierung der Hochschulen voraus und ist auch eine Vor-
 aussetzung für Spitzenleistung.

Daher fordern wir:

- Eine Erhöhung der Grundfinanzierung für Hoch-
 schulen, damit diese ihre Aufgaben in den Berei-
 chen Lehre und Forschung erfüllen können. Da-
 zu gehören insbesondere Personalkostensteigerun-
 gen, qualitätssichernde Lehrkräfteausstattung, Di-
 gitalisierung in Lehre und Forschung.
- zusätzliche Mittel, damit Hochschulen Aufgaben er-
 füllen können, die darüber hinausgehen, dazu ge-
 hören zum Beispiel vermehrte Studienplätze, Wis-
 senstransfer, Existenzgründungsförderung, Gleich-
 stellung, Wissenschaftskommunikation, Internatio-
 nalisierung, Inklusion, Integration u. a.
 - Anerkennung des Sanierungs- und zusätzli-
 chen Raumbedarfs der Hochschulen und Auf-
 nahme in die Finanz- und Investitionsplanung
 des Landes
 - Umsetzung der Selbstverpflichtung des Lan-
 des zum Ausbau der Forschungsmöglichkeiten
 der Fachhochschulen und ihrer Möglichkeiten
 zur Förderung eines wissenschaftlichen Nach-
 wuchses

Zur Gestaltung von Drittmitteln Private Drittmittel und
 befristete öffentliche Programmmittel müssen wieder auf
 eine ergänzende Funktion zurückgeführt werden, auch
 wenn sie themenoffen ausgelobt werden und damit für
 einzelne Forscher*innen oder Gruppen von Forscher*in-
 nen zusätzliche Spielräume eröffnen, um ihren selbstbe-
 stimmten Forschungsfragen nachzugehen. Zweckgebun-
 dene Drittmittel dienen dagegen der Verfolgung spezifi-

101 Beitrag für Lehre und Forschung an den Hochschu-
 102 len. Um faire Arbeitsbedingungen zu gewährleisten,
 103 müssen auch studentische Beschäftigte in die Per-
 104 sonalvertretungsgesetze der Länder aufgenommen
 105 werden. Wissenschaftler*innen sowie studentische
 106 Beschäftigte haben außerdem einen Anspruch auf
 107 tarifvertraglichen Schutz. Wir fordern daher mit Be-
 108 zugnahme auf das Templer Manifest der GEW die
 109 Ausdehnung des Geltungsbereichs der Flächentarif-
 110 verträge des öffentlichen Dienstes auf alle Beschäf-
 111 tigten in Lehre und Forschung.

- 112 • Eine Abschaffung der Exzellenzinitiative zur For-
 113 schungsförderung. Die finanziellen Mittel sollen
 114 stattdessen für die bedingungslose Ausfinanzie-
 115 rung von Universitäten, Fachhochschulen und For-
 116 schungseinrichtungen verwendet werden.
- 117 • Eine Abkehr der Beurteilung von wissenschaftli-
 118 chem Erfolg anhand von rein quantitativen Grö-
 119 ßen im Allgemeinen. Bei den immer weiter stei-
 120 genden Zahlen an Veröffentlichungen, Konferen-
 121 zen und Konferenzbeiträgen, ist eine Qualitätssiche-
 122 rung und -beurteilung meist schwierig, wenn nicht
 123 sogar unmöglich.

124
 125 Eine Erhöhung der Investitionen und Zuschüsse für frei
 126 zugängliche Veröffentlichung von Forschungsergebnissen
 127 und Rohdaten, um wissenschaftlichen Austausch zu stär-
 128 ken und Forschung dadurch zu beschleunigen. Hierbei sol-
 129 len kleine und sozial- und geisteswissenschaftliche Fach-
 130 gebiete genauso berücksichtigt werden, wie große- und
 131 MINT-Fachgebiete. Wissenschaftler*innen sollten nicht
 132 im Wettbewerb gegeneinander antreten, sondern ver-
 133 eint die Forschung vorantreiben. Die Bereitschaft dafür
 134 wird aber durch den Wettbewerb um Fördergelder einge-
 135 schränkt.

136
 137
 138
 139
 140
 141
 142
 143
 144
 145
 146
 147
 148
 149
 150
 151
 152
 153

scher privater oder öffentlicher Forschungsinteressen, die ohne ihr Angebot von den Hochschulen nicht oder nicht im ausreichenden Maße bedient werden. So gesehen sind sie zweifellos ein wertvolles Pendant zum wissenschaftlichen Selbstbestimmungsrecht der Hochschulen. Um dem geforderten Ergänzungscharakter zu entsprechen, muss ihre Inanspruchnahme jedoch freiwillig, d.h. ohne ökonomischen Zwang erfolgen, und sie müssen die Kosten der von ihnen initiierten Forschungsprojekte vollumfänglich tragen.

Daher fordern wir:

- Bei reinen Auftragsforschungsprojekten sind nicht nur die direkten Kosten sondern auch sämtliche durch das Projekt verursachten Nebenkosten zu erstatten (Vollkostenprinzip)
- Mit Drittmitteln oder besonderen Programmmit-
 teln darf keine einseitige Verstetigungserwartung zulasten der Hochschule verbunden sein, die in die autonome Entscheidung der Hochschule eingreift
- Die Sicherstellung einer Übernahme der direk-
 ten Projektkosten durch die Drittmittelgeber und die Bereitstellung einer den Akquisitions-, Durchführungs- und Managementaufwänden entsprechenden Programmpauschale bei sonstigen Drittmittelprojekten.

Zielindikatoren (Bewertung wissenschaftlicher Leistung)

Wissenschaft ist ein gesellschaftliches Teilsystem, das von sozialer und globaler Ungleichheit, Geschlecht und Herkunft geprägt ist. Die Bewertung wissenschaftlicher Leistungen erfolgt durch den Einsatz von Messgrößen, die Indikatoren genannt werden. Die bisher verwendeten Indikatoren bilden bislang großen Teil messbare Aktivitäten ab und blenden den gesellschaftlichen Kontext von Wissenschaft aus: Ob Forschung durch Drittmittel finanziert, in hoch gerankten Zeitschriften veröffentlicht oder zitiert wird, liegt nicht ausschließlich an guter Leistung (z.B. Matthäus-Effekt). Um gute und kritische Wissen-
 schaft abzubilden, ist es essentiell, den gesellschaftspoliti-
 schen Kontext und innerhochschulische Machtgefälle in der Bewertung von Wissenschaft zu berücksichtigen.

Daher fordern wir:

- Die Bewertung von Forschungsleistungen sollte vermehrt qualitative Kriterien einschließen, statt pri-
 mär auf quantitativen Kriterien wie Publikations-
 zahlen, Zitierhäufigkeit etc. zu basieren;
- Es müssen daher verschiedene weitere Parameter bei der Bewertung der Forschungsqualität berück-
 sichtigt werden, z.B. auch Kommunikationsleistun-
 gen, die wissenschaftlichen / gesellschaftlichen pro-
 gnostizierten Auswirkungen.

154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201

Demokratie bedeutet Wissenschafts- und Forschungsfreiheit stärken: Die Krisen der vergangenen Jahre, zuletzt die Corona-Pandemie haben es gezeigt:

Wissenschaft und explizit Wissenschafts- und Forschungsfreiheit haben eine immense gesellschaftliche Bedeutung. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist in Deutschland im Grundgesetz verankert. Wissenschaft und Forschung werden so vor politischer und staatlicher Einschränkung geschützt. Gleichzeitig geht damit aber auch eine Leistungspflicht des Staates ein. Nur durch ausfinanzierte Hochschulen kann gute Forschung gelingen. Nichtsdestotrotz kommt mit dem zunehmenden Rechtsruck eine Wissenschaftsfeindlichkeit auf, der wir entschieden entgegentreten müssen. Im Jahr 2022 gaben zwar zwei Drittel der Befragten an, auf Wissenschaft zu vertrauen, ein Drittel jedoch gab an, unentschieden zu sein oder nicht in die Wissenschaft zu vertrauen. Seit April 2020, also mit Beginn der Corona-Pandemie, nahm das Vertrauen in die Wissenschaft zunehmend ab.

In einer Demokratie braucht es verlässliche Wissenschaft und Forschung. Gerade wenn Rechtsnationale und Rechtspopulist*innen das schwindende Vertrauen in die Politik für ihre Zwecke ausnutzen. Unsere Demokratie ist auf Vertrauen angewiesen und hier kann Wissenschaft fördernd wirken. Gerade in der Klimaforschung hat sich Wissenschaft als verlässliche Partnerin etabliert, die Informationen liefert, welche dann politisch verwertet werden. Es darf allerdings nicht zu einer Verwissenschaftlichung des politischen Diskurses kommen, die politische Teilhabe der Gesamtgesellschaft einschränkt oder schlimmstenfalls sogar ganz verhindert. Forschungsergebnisse müssen für alle zugänglich gemacht werden und einfach auffindbar sein.

Wir schlussfolgern und fordern also:

- Unabhängige und kritische Wissenschaft ist für eine freie und aufgeklärte Gesellschaft fundamental.
- Für eine wehrhafte Demokratie ist die Stärkung der Wissenschaftskommunikation und des Wissenschaftsjournalismus unerlässlich!
- Um wissenschaftliche Erkenntnisse und Forschungsergebnisse schnell und online zugänglich zu machen, muss die open-acces Veröffentlichung von Forschung gestärkt werden.